

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheinung:
an allen Werktagen
Abendblatt
in der Stadt wöchentlich A. 35
monatlich 45 Pf.
Bei allen wirtsch. Postämtern
und Boten im Orts- u. Nachbar-
ortsverkehr wöchentlich M. 1,35,
außerhalb desselben M. 1,35,
hinz. Postgebühren 30 Pf.
Telefon Nr. 4.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.
Verfändigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meßterr.,
Engelösterle u.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 19 Pfg., die Klein-
spaltige Garmondzeile.
zusammen 15 Pfg. die
Zeile.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabat.
Fremdenliste
nach Uebereinkunft.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 23. Samstag, den 28. Januar 1911. 28. Jahrg.

Wochen-Rundschau.

Dr. P. Die Feier von Kaisers Geburtstag, die nach alter Sitte als ein Festtag begangen wird, bedeutet einen wenn auch nur kurzen Waffenstillstand in den politischen Kämpfen, die sich zur Zeit abspielen und die in den Parlamenten zu manch kräftigem Zusammenstoß geführt haben. Kennzeichnend für die besonders im preussischen Abgeordnetenhaus herrschende Konfliktstimmung war der Vorstoß, den sich der bekannte sozialdemokratische Abg. Hoffmann gegen den Präsidenten v. Kricher leistete. Aber auch im Reichstage weht zur Zeit eine scharfe Luft, wie das sowohl bei den Verhandlungen über die Wertzuwachsteuer und über die reichsständische Verfassungsreform recht deutlich hervorgetreten ist. Die erstere Vorlage ist ja jetzt glücklich in zweiter Lesung erledigt worden, aber je mehr von den annähernd 200 Währungsanträgen angenommen wurden, desto mehr schmolz der Millionenbetrag, den der Reichsschatzsekretär von diesem Anhangsel zur Reichsanzeigerreform erwartete, zusammen, sodass jetzt, wenn in der dritten Lesung nicht noch ein Wunder geschieht, nur etwa 7 Millionen Mark für den Fiskus herauspringen werden. Ob das der Liebe Mühe verlohnt hat, wird Herrn Bernuth vielleicht als zweifelhaft erscheinen. Aber auch die Aussichten der elsass-lothringischen Verfassungsreform werden als ungünstig angesehen. Der Rechten ist sie zu liberal und der Linken zu konservativ, den Bewohnern des Reichslandes behagt sie nicht, und die Verbündeten Regierungen scheinen sich dafür nicht sonderlich zu begeistern.

Einem anderen noch dem deutschen Reichstage vorliegenden Gesetzgebungsverf. erwachsen doppelte Schwierigkeiten, nämlich nicht nur aus der Volksvertretung heraus, sondern auch von Seiten anderer Staaten. Ebenso wie in Holland verstärkt sich auch in Oesterreich der Widerstand gegen das Schiffsabgabengesetz, und der in Wien tagende volkswirtschaftliche Ausschuss hat soeben unter der Zustimmung des Kabinetts Bionerth entschiedenen Protest gegen die von deutscher Seite geplante Schiffsabgaben erhoben. Im übrigen kämpft das neue Kabinett zur Zeit noch immer einen harten Kampf um sein Leben, und die Friedensbedingungen, die der Regierung von Seiten der Polen gestellt worden sind, nämlich die Ausführung der verlangten Waffenstrafen, scheinen mehr auf den Sturz als auf die Unterstützung des dritten Kabinetts Bionerth berechnet zu sein.

Einem wahren Rekord der Kammerlage ergiebt das Kabinett Briand, ohne daß es bisher durch die chronischen Vertrauensvoten in seiner praktischen Arbeit sonderlich gefördert worden ist. Nur in der Bewilligung neuer Mittel für den weiteren und schnelleren Ausbau der Flotte ist die französische Volksvertretung freigebig, während es mit der Fortsetzung des sozialen Reformwerkes an allen Enden und Ecken hapert, woran freilich die maßlos begehrliche sozialistische Bewegung, wie sie sich jetzt wieder unter den Eisenbahnern dreimacht, einen guten Teil der Schuld trägt.

Im Zeichen des Streiks steht auch noch immer das neueste republikanische Gemeinwesen, und es muß als fraglich angesehen werden, ob es sich hierbei wirklich nur, wie die provisorische Regierung in Portugal behauptet, um eine rein wirtschaftliche Bewegung handelt. Wie dem aber auch sei, so ist doch jedenfalls die neueste Erklärung des Königs Manuel, daß er niemals auf die Krone verzichtet habe und entschlossen sei, seine Rechte zu behaupten, nur von rein platonischem Werte, also wertlos. König Manuel ist zweifellos nicht der Mann, um mit ernstlicheren Mitteln, als es Pronunziamentos und Interventos sind, um Szepter und Krone zu kämpfen.

Da ist der griechische Ministerpräsident Venizelos offenbar aus einem ganz anderen Halse geschneit, und die Schneidigkeit, mit der er eine von den Athenern offiziell natürlich als ein äußerst harmloses Zwischenfall hingestellte Militärverschwörung im Keime erstickt hat, zeigt, daß er nicht nur den Willen, sondern auch die Kraft hat, die Diktatorrolle durchzuführen, die angesichts der gegenwärtigen zerfahrenen Lage in Griechenland vielleicht einen glatten Verlauf des Heilungsprozesses gewährleistet. Ist doch nicht zuletzt der maßvollen Haltung der griechischen Regierung die Vertagung des Aetakonfliktes zu verdanken, eine Wendung, die nicht nur von der internationalen Diplomatie, sondern vor allem auch von der Pforte, welcher der Aufstand in Arabien ernste Schwierigkeiten bereitet, mit aufrichtiger Befriedigung begrüßt worden ist.

der Journalistentrübene sah man diesem politisch und staatsrechtlich hochinteressanten Ereignis mit Spannung entgegen, das Haus selbst aber war nur dürrig besetzt. Es ist sich eben bewußt, daß bei allen ersten Lesungen über schwerwiegende Probleme praktisch wenig herauszukommen pflegt. Man hört gute und staatsmännisch durchdachte Reden, aber wie das Schicksal der Vorlage sich gestalten wird, darüber gibt die erste Lesung nur selten ein Bild. Und so war es auch diesmal. Das Zentrum, das hier wie so oft das Schicksal des Gesetzes in der Hand hat, hütete sich wohl, ein definitives Urteil abzugeben, und so blieb zunächst alles in der Schwebe, wenn auch die Faust derjenigen sich verstärkte, die da glauben, daß doch noch etwas Positives zustande kommen wird.

Man hätte wohl erwarten dürfen, daß der Reichstangler in eigener Person die Debatte einleiten würde. Aber das geschah nicht. Herr v. Bethmann-Hollweg, der zwar anwesend war, überließ den Vortritt dem Staatssekretär Delbrück, der in einer langen und recht geschätzten und erfreulich objektiven Rede eine Darstellung der elsass-lothringischen Verfassungskämpfe gab und die jetzige Vorlage dem Wohlwollen des Hauses empfahl. Er ging dabei von der Auffassung aus, daß die Vertretung Elsass-Lothringens mit dem Deutschen Reich jetzt sehr viel weiter vorgeschritten sei, als noch vor 20 Jahren und daß daher der Wunsch der Elsäßer auf Autonomie keine Berechtigung habe. Die erste Kammer hielt der Staatssekretär merkwürdigerweise für eine liberale Errungenschaft, die Ernennung eines Statthalters für Lebenszeit behandelte er als undurchführbar, und die Altersstimmungen beim Wahlrecht suchte er den Abgeordneten so gut wie möglich schmachtlich zu machen. Die Vertretung Elsass-Lothringens im Bundesrat lehnte er mit der Begründung ab, daß dadurch der Einfluß — Preußens gestärkt werde.

Als Redner des Zentrums trat hierauf der Elsäßer Dr. B. Sonderheer in die Schranken. Dieser Herr sprach anfangs viele herbe Worte über die Bestimmungen des Gesetzes, besonders schmerzlich war es ihm, daß sein Heimatland nicht vollberechtigter Bundesstaat werden solle. Er verlangte seinen eigenen Landesherren und sprach mit dem vollendenden Pathos des Elsäßers von der Rolle des Staatsbürgers 2. Klasse, zu der man die Elsass-Lothringer verurteilen wolle. Die erste Kammer in der vorliegenden Form war für den Zentrumredner unannehmbar. Nach all den scharfen Oppositionsworten erklärte Herr Sonderheer den Entwurf, aber doch für eine brauchbare Grundlage und er ließ die Hoffnung durchblicken, daß doch noch etwas Positives zustande kommt.

Deutsches Reich. Deutscher Reichstag.

(16) Berlin, 26. Januar.

Im Reichstage begann heute die Beratung der elsass-lothringischen Verfassungsvorlage. Auf

Ganz ohne Kirm und Wind
Geschieht es selten,
Daß Leute, die etwas sind,
Auch etwas gelten.

Ludwig Fulda.

Die Verjuchung

Drama von Robert Graf Widenburg.
(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Und wenn ich Ihnen aber sage, daß der Herr Bräuner nicht der Schwägervater ist, sondern nur ein guter Schmeißer meines Klienten, den er mit seiner Erfahrung aus seinem Rat unterrichtete — weiter nichts! Was dann — meine Herren? Sie bauen da ein wenig zu stark auf eine Zeugungse!“

„Ah — wirklich ausgezeichnet!“ erwiderte Herr Goldsuchs in gutgepielter Heiterkeit, „entschuldigen Sie, wenn ich lache — aber die Zinnmütze, daß wir das glauben sollen, ist zu komisch! Und jetzt haben Sie wohl nichts mehr dagegen, wenn wir uns empfehlen? Die Antwort auf Ihre freundlichen Vorschläge werden Sie durch unseren Advokaten Dr. Silber erhalten!“

„Na, gut...! Ich lasse Ihnen 24 Stunden Bedenken!“ rief Dr. Kiebinger ihnen nach.

Wen auf der Straße blieb Herr Borger mit einem eben Niemzug stehen, richtete sich stolz auf, verächtliche die Krone über der Brust wie weltand Napoleon der Große und rief mit zornbebenender Stimme:

„Wer hätte das geglaubt? Und was für ein Vertrauen haben wir in diesen Reislünger gesetzt! Ja, ja, man kann nie aus auf dieser schlechten Welt!“

Herr Goldsuchs aber erwiderte in wenig rofiger Laune:

„Jetzt hör' mir auf mit deinen philosophischen Betrachtungen! Jetzt heißt's beraten, wie wir uns aus der Affäre ziehen! Die Sache steht bredig genug!“

Eben in der Kanklei wurde nach dem Abgang der beiden Herren der Vorhang von der Türe des Nebenimmers gelüftet und Herr Bräuner erschien auf der Bildfläche.

Sie, Doktor — mir scheint, das war ein Schlag ins Wasser — die Kerle lassen's am End' wirklich drauf ankommen in ihrer bodenlosen Frechheit...!“

„Ich glaub's nicht!“ erwiderte der Advokat nachdenklich, „die wollen nur Zeit gewinnen durch ihr Propaganda! Freilich pochen sie stark darauf, daß wir es zu keinem Skandal kommen lassen...! Na, im Ratfall bleibt eben nichts anderes übrig, als wirklich Konkurs anmelden! Sobald die Herren sehen, daß wir davor nicht zurückweichen — da passen Sie auf, wie sie zu streuz kriechen!“

„Aber unsers Wöhens liegen doch noch gar keine Klagen vor, auf Grund deren der Konkurs von Gerichts wegen verhängt werden könnte — und Reislünger allein ist nicht zeichnungsberichtig, kann also die Verhängung auch nicht verlangen!“

Dr. Kiebinger lächelte pfiffig vor sich hin:

„Ah, das ist das wenigste — beim Gericht hab' ich schon so meine Verbindungen! Und ein paar Klagen können wir ja veranlassen — Gläubiger sind ja genug da! Selbstverständlich lassen wir den Konkurs gleich wieder aufheben, wenn wir den Rebers in der Tasche haben — und vor allem die bedenklichen Verträge, die in den Händen dieser Herren eine gefährliche Waffe sind!“

Wir müssen den beiden nur einmal unseren Ernst zeigen! Der Konkurs löst erstens den Gesellschaftsvertrag von selbst auf — nehm'n ist die Gefahr behoben, daß die zwei weitere Schulden auf Rechnung der Firma machen können — und dann werden sie daraus die Ueberzeugung schöpfen, daß wir auch vor der Vertragsinangabe nicht zurückweichen werden! Obwohl wir uns davor lieber Gottes hüten müssen — denn sonst haben wir die Gebührenscheide auf dem Hals und einen ernsten Konkurs!“

Herr Bräuner strich nachdenklich seinen grauen Bart und reichte dem Advokaten die Hand zum Abschied:

„Ich verlaße mich ganz auf Sie, mein lieber Doktor — machen Sie, was Sie für notwendig halten! Eine Kostur ist's freilich, aber es bleibt nichts anderes übrig! Der Konkurs hat nebenbei auch den Vorteil, daß wir dadurch erfahren werden, ob noch irgendwelche ungekannte Verpflichtungen da sind!“

„Nun, wir werden ja sehen, wie sich der Herr Dr. Silber benimmt — ich denke, ich werde noch heute von ihm hören. Wissen S', das is nämlich, unter uns gesagt, auch so einer von denen...!“

Damit begleitete er Herrn Bräuner zur Türe.

X

Wie Dr. Kiebinger vorausgesagt, ließ Dr. Silber nicht lange auf Nachricht warten; seine Klienten fühlten sich durch das „unverantwortliche Vorgehen“ des Herrn von Reislünger in ihren Interessen und ihrer Ehre schwer verletzt zu sein.

Dieser Brief, der von ganz unerhörten Forderungen und kaum verheißenen Drohungen sprach, legte Dr. Kiebinger lächelnd „ad acta“, ließ sich von Hans die Löhne der Gläubiger geben und zwei Tage später meldete die Grummacher Holzperwertung den Konkurs an!

Wohl war die Anmeldung nur von einem Gesellschaftler unterfertigt, aber ehe das Gericht Zeit hatte, zu konstataren, daß zu ihrer Rechtsgültigkeit eine zweite Unterschrift gehörte, war die gewünschte Wirkung bereits erzielt!

Bekanntlich erstreckt sich die Insolvenz einer Firma auch auf die Privatverhältnisse ihrer Inhaber — und wenn diese nicht ganz in Ordnung sind, kann das recht unangenehm werden...! Außerdem basierte ja die Falschheit der Herren Borger und Goldsuchs lediglich auf der Ueberzeugung, daß der „Freud“ den Konkurs um jeden Preis vermeiden werde, demnach die Gebührenscheide verhalten müsse!

„Was nächst kann uns passieren!“ hatten sie sich vor- gesagt. „Zeigen Sie uns an — legen wir den Vertrag vor!“ Tann hat der Bräuner die Wahl: entweder den Schwägersohn „Nein“ machen lassen — oder 12000 Kronen schwidern! Das wird er sich beides wohl überlegen!“

Und nun meldete der Begner selbst den Konkurs an! Da hätte sich doch alles auf! Herr Borger war einfach haß über diesen neuen Beweis von der Schlechtigkeit der Menschen! So eine Niederträchtigkeit!

(Fortsetzung folgt.)



Der Sozialdemokrat Emmel brachte in einer munteren und dabei aber diesmal doch nicht polternden Rede die Gegnerschaft seiner Partei gegen den Entwurf zum Ausdruck. Diese erblickt in der Vorlage eine Verprechtung der Reichslande, gegen die sie sich mit Händen und Füßen wehrt; durch das beschriebene Wahlrecht werden nach Ansicht des Redners ganz besonders die nationalisierten Kreise begünstigt, die deutschdenkenden Arbeiter aber benachteiligt.

Abg. Baffermann konstatierte den Widerspruch von rechts und links und sah seinerseits in dem Entwurf ebenfalls die berühmte brauchbare Grundlage. Die Kaisergewalt in den Reichslanden wollte Baffermann aus nationalen Gründen unbedingt weiter bestehen lassen. Trotz mancher Bedenken gegen den Entwurf im einzelnen und gegen die Wahlrechtsbestimmungen wünschte Baffermann doch das Zustandekommen des Entwurfs, in dem er einen wesentlichen Fortschritt sah.

Von Seiten der Fortschrittlichen Volkspartei sprach nunmehr der Abg. Dr. Raumann. Seine bedeutungsvollen Ausführungen werden die lebhafteste Anteilnahme des Hauses und der Tribüne. Er bedauerte zunächst die Tatsache, daß die Elsaß-lothringischen Dinge von Berlin aus gemacht werden müßten, während selbst Mecklenburg seine Verfassungsfrage von sich aus ordne. Raumann trat dann für die Autonomie Elsaß-Lothringens ein und scherzte bitter über die „historische Kettenverfaltung“, die im Bundesrat herrsche, der keine neuen Bundesratsstimmen mehr neben sich aufkommen lassen wolle. Mit Nachdruck hob der Redner hervor, daß das monarchische Prinzip in den 40 Jahren des Deutschen Reiches keine moralischen Eroberungen im Elsaß gemacht habe und daß die deutschen Beamten dort noch immer als Importen betrachtet würden. Gegen das vorgeschlagene Wahlrecht, insbesondere die, wie Raumann sich sehr häßlich ausdrückte, „königlich sächsischen Altersstimmen“ hatte Raumann naturgemäß mancherlei einzuwenden, wenn er auch den Fortschritt, den hier Elsaß-Lothringen gegenüber Preußen mit seinem miserablen Wahlrecht einnimmt, nachdrücklich hervorzuheben in der Lage war, wobei er in seinen Worten den neben ihm sitzenden Reichsminister apostrophierte, der aber auch nach Raumanns Rede beharrlich schweigend und statt dessen den Reichsparteiler von Dierksen sein Sprüchlein herjagen ließ, der erklärte, daß für seine Partei die Vorlage ohne Erste Kammer unannehmbar sein würde. Nach der Rede des Herrn Dierksen vertagte sich das Haus auf Samstag. Am Freitag, als am Kaisers Geburtstag, wird nicht gearbeitet.

Düsseldorf, 26. Jan. Im Wettbewerf für das Bismarck-Nationaldenkmal am Rhein fand in Düsseldorf die Preisverteilung statt. Den 1. Preis erhielt Hermann Dahn-München, einen 2. Preis Franz Brantl-Wien, einen zweiten Preis Alfred Fischer und E. Amelo-Düsseldorf, einen dritten Preis Bernhard Plecker und Ltho Orlando Kurz in München und einen weiteren dritten Preis Richard Kierner-Schied-München.

Saarbrücken, 26. Januar. Baffermann hat die ihm hier angestammte Kandidatur für den Reichstag endgültig angenommen und wird am 3. März vor den Wählern sein Programm entwickeln.

Bremen, 26. Jan. Der Norddeutsche Lloyd hat der Türkei seine beiden Dampfer „Oldenburg“ und „Darmstadt“ fest in Kauf gegeben.

Ausland.

Petersburg, 26. Jan. Der frühere koreanische Gesandte Tschin-pomii wurde heute in seiner Wohnung erhängt aufgefunden. Er hinterließ einen Brief an den früheren Kaiser von Korea und 2500 Rubel zur Deckung der Kosten seiner Beerdigung.

Newport, 27. Jan. Bei den Kämpfen bei La Ceiba sind 12 Revolutionäre und 18 Soldaten der Bundesstruppen, darunter der General Guerrero, getötet worden, 70 Revolutionäre wurden verwundet.

Württemberg.

Vom württembergischen Landtag.

Stuttgart, 26. Jan.

Präsident Payer eröffnet die Sitzung 9.15 Uhr. Am Regierungstisch: Ministerpräsident von Weissaker, Minister des Innern von Pischel, Finanzminister von Gehler, Kultminister von Fleischhauer, Justizminister von Schmidlin und Kriegsminister von Marchtaler.

Nach der Wahl einer besonderen Kommission zur Beratung der Vorlage betr. die Dienstverhältnisse der Oberamtsleiter wird mit der

Generaldebatte zum Etat

fortgefahren.

Abg. v. Kiene (Str.): Die gestellte Arbeit ist nicht nur eine sehr reiche, sondern auch eine sehr verantwortungsvolle und wenig dankbare. Man sehe die Unzulänglichkeit der bestehenden Deckungsmittel. Er wolle nicht darauf eingehen, ob die Besserung in den finanziellen Verhältnissen trotz der Reichsfinanzreform oder durch dieselbe eingetreten sei. Jedenfalls sei die Tatsache zu konstatieren, daß nach der Reichsfinanzreform eine Besserung eingetreten sei. Die gestrige Anerkennung der Reform sei spät gekommen; wenn sie früher gekommen wäre, wäre auch früher eine Klärung eingetreten. Seine Freunde seien ebenfalls der Meinung, daß die Gehaltsregulierung eine dringende Notwendigkeit sei. Mit den jetzigen Gehaltsständen könne der Beamte nicht mehr standesgemäß leben. Er stimme der Regierung zu, wenn sie für die Beamten ein standesmäßiges Einkommen fordere. Es müsse ganze Arbeit gemacht werden, insbesondere dürfen Gelehrte und Lehrer nicht vergessen werden, ebenso nicht die Altpensionäre. Die Gehaltsstände müßten in tunlichster Annäherung an die der Nachbarstaaten festgesetzt werden. Beamte mit gleicher Vorbildung und mit sonst gleichen Voraussetzungen sollten auch tunlichst gleichmäßig vor-

rücken. Ganz entschieden sei man auch dafür, daß die staatlichen Arbeiter ihr Teil bekommen. Die Kategorie der staatlichen Forstarbeiter sei vergessen, was nachgeholt werden müsse. (Sehr richtig!) Bei den Waldarbeitern ständen die Bezüge oft nur auf dem Papier. Es würden oft ganz merkwürdige Abzüge gemacht, die aufhören müßten. Er möchte wünschen, daß es gelänge, möge alle Parteien auf einen Beschluß zu einigen. Er erinnere hier an die Einmütigkeit bei der Theatervorlage. In der badischen und bayerischen Kammer habe auch die Sozialdemokratie das Bedürfnis für eine allgemeine Verbesserung anerkannt. Er erinnere auch an ein Wort des sozial. Abg. Kloss, dem einst die Aufbesserung der oberen Beamten etwas knapp erschien. Daß die Sache mit dem Postmarkenvertrag so kommen mußte, wie jetzt geschehen, konnte vorausgesehen werden. Er erinnere daran, daß das Zentrum diesem Abkommen im Jahr 1902 nicht zugestimmt habe. Fürchten müsse man, daß Württemberg seine letzten Postprivilegien unter dem Trude der Reichspost aufgeben müsse. Im Etat jedoch falle das starke Anwachsen der Pensionslasten auf. Erwarten müsse man, daß mit der sogenannten Zwangspensionierung recht sparsam umgegangen werden müsse. Es sei schon vorgekommen, daß Leute, die noch recht tüchtig waren, nach kurzer Krankheit die Aufforderung erhalten haben: In 3 Wochen haben Sie ihr Pensionierungsgehalt vorzuliegen. (Hört, hört!) Im speziellen müsse anerkannt werden, daß einzelne Etats recht sparsam aufgestellt sind, so der des Innern und der der Verkehrsanstalten. Erhebliche Mehransgaben bringen die Etats für das Kult- und Finanzministerium. Hier werde aber nur die Rechnung präsentiert für Regelungen, die die Kammer selbst gewünscht habe. Unklar sei noch die Deckungsfrage. Schwer zu umgehen werde die Erhöhung der Umsatzsteuer. Jedemfalls sei das eine harte Maßnahme. Es werde sich fragen, ob man hier nicht auch den Gemeinden einen höheren Zuschlag einräumen wolle. Was die Erhöhung der Sporteln anbelange, so herrsche hier noch große Unklarheit. Zugabe sei, daß sich die eine oder andere Sportel noch erhöhen lasse. Diese Vorlage müsse, wenn sie komme, ebenfalls in erster Lesung in der Kammer besprochen werden. Gegen die Vorlage betr. den Zuschlag zur Reichserbschaftsteuer habe man keine Bedenken, aber Kinder und Ehegatten dürfen nicht getroffen werden. (Widerspruch links!) Der Einführung einer Staatslotterie siehe man mit recht gemäßigten Gefühlen gegenüber. Eine Unzulässigkeit könne er allerdings nicht darin erblicken. Bei der schwierigen Deckungsfrage könne man die Vorlage begrüßen. Ein völksparteilicher Abgeordneter — Darmstadt-Oberndorf — habe selbst einmal die Einführung einer großen Staatslotterie empfohlen. (Hört, hört! im Zentrum.) Eine Erhöhung der Spielsteuer mag ja eintreten, aber sie sei doch schon zu 95 Proz. vorhanden. Dazu komme, daß bisher das Geld nach außerhalb Württembergs gebracht wurde. Eine andere Frage sei, ob die Wohlhabendenslotterien nicht durch die Staatslotterie beeinträchtigt würden. Eine solche Beeinträchtigung würde das Zentrum nicht wünschen. Bei der Einkommensteuer könne nur eine gleichmäßige Erhöhung in Frage kommen. Auch hier werde man an eine Erhöhung der Gemeinde-Einkommensteuer denken können. Nach der formellen Seite habe der Etat die alten Mängel. Wichtige Vorlagen ständen noch aus, die den Gesamtüberblick erschweren. Erforderlich sei eine staatliche Disziplin für die Weingärtner. Die angekündigte Revision der Gebäudebrandversicherung begrüßen seine Freunde. Ebenso begrüße man, daß der Bau von Nebenbahnen nicht eingestellt werden solle. Bedauerlich sei, daß die Begordnung wiederum zurückgestellt sei. Er hoffe, daß diese Sache aber den neuen Landtag beschäftigen werde. Auch die Flußbauordnung werde man nicht auf Jahrzehnte hinauschieben können. Was die Redartanalysierung anbelange, so sei zu sagen, daß der Etat 26 000 Mark für Vorarbeiten enthalte. Das Zentrum stehe der Sache sympathisch gegenüber. Es sei klar, daß Württemberg die Sache nicht allein machen könne. Nicht versprechen könne er, weshalb der Etat für Kraftwagen einen geringeren Betrag enthalte. Hier müsse noch viel für die eisenbahnlosen Gegenden geschehen. Jedenfalls dürfe keine geringere Erregung als früher eingestellt werden. Man bedaure, daß die Denkschrift über die Staatsvereinfachung noch nicht vorliege. Verregelt müsse werden die Frage des Wahlrechts derjenigen Eisenbahnbeamten, die Württemberger sind, aber außerhalb Württembergs wohnen. Diese Beamten hätten wohl das Recht, zum Reichstag zu wählen, aber nicht das Recht, für den württ. Landtag zu wählen. Vielleicht ließe sich die Sache so regeln, daß diese Beamten den nächsten Eisenbahnstationen Württembergs zugewiesen würden. Es handle sich hier um mehrere hundert Leute. Bezüglich der Bekämpfung der Schmutzliteratur wolle er Beharrungszustand 10 Mill. Mark Ausgaben. Das ist wiederum eine ernste Mahnung an Regierung und Gemeinden richten. Besonders die kinematographischen Vorführungen habe er auch im Auge. Auch auf dem Gebiete der föhlichen Gesundheit liege eine wichtige Aufgabe der Volksvertretung. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Piesching (Sp.): Wir konnten in diesem Jahr auf eine Adressdebatte verzichten, da ein Teil der Vorlagen bereits eingebracht ist. Der Herr Ministerpräsident hat ein Echo vernimmt über die Aufhebung des Geheimen Rats. Ich glaube, daß dieser Entwurf von allen Seiten freudig begrüßt worden ist. Wir erinnern uns aber auch, daß schon im Jahre 1876 von einem Provisorium gesprochen wurde. Auch im März 1901 war bereits von der Abschaffung des Geheimen Rates die Rede. Endlich im Jahre 1911 sind wir soweit, daß diese Institution aufgehoben werden kann. Ich gebe zu, daß der Geheime Rat einen großen Einfluß gehabt hat auf die Entwürfe, die uns vorgelegt wurden. Aber auf der anderen Seite muß man auch saunen, welcher geringen Einfluß er oft hatte. So hat der Geheime Rat von Def darüber geklagt, daß im Etat manches nicht in Ordnung ist. Dabei war der gleiche Herr Referent im Geheimen Rat. (Heiterkeit.) Jedenfalls wird auch die Erste Kammer bei diesem Etat nicht die schönen Grundsätze verwirklichen können, die im „Archiv“ von Spang stehen. Wenn wir uns sodann auch freuen, daß eine Vorlage über den Rechnungshof kommt, so denken wir doch auch ha-

ren, daß das Reich mit seinem Rechnungshof nicht durchweg gute Erfahrungen gemacht hat. Begrüßen werden wir die Vorlage betr. die Gebäudebrandversicherung. Bezüglich der

Weingärtnerfrage

darf ich daran erinnern, daß mein Freund Beg bereits praktische Vorschläge gemacht hat. Wir bitten die Regierung dringend, ihren Entwurf möglichst schnell einzubringen, denn die Not ist eine außerordentlich große. Dieser Not kann auch nur dann wirksam entgegengetreten werden, wenn bald etwas geschieht. Auf der anderen Seite müssen wir es bedauern, daß eine Reihe von Entwürfen nicht in der Thronrede erwähnt worden ist. Da denke ich in erster Linie an das Pensionsgesetz für Körperschaftsbeamte. Die einzelne Gemeinde kann hier nicht alles tun, das muß gemeinschaftlich geschehen. Das Schicksal der Reichsversicherungsordnung wird für diese Frage nicht so sehr maßgebend sein. Vielleicht ließe sich für die Beamten auch dadurch etwas tun, daß die Gemeinden aufgefordert werden, ihre Beamten gemeinsam gegen Unfälle zu versichern. Schon mein Vorgesänger hat sodann auf das Fehlen einer Aufbesserung der Begordnung hingewiesen. Sie taucht schon in der Thronrede vom 13. Januar 1901 auf. Ebenso wird sie in der Thronrede von 1907 erwähnt, während wir jetzt nicht davon hören. Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, daß die direkten Steuern gebraucht würden für die Kulturaufgaben des Landes. Wir wollen hoffen, daß er hier auch an die Begordnung gedacht hat. Wir dürfen über die Bedürfnisse der Staatsverwaltung nicht vergessen die Setzung und Besserung der Verhältnisse der Bevölkerung des Landes. (Lebhaftes Sehr richtig!) Einem maßvoller Denkmalschutz-Gesetzentwurf werde die Volkspartei ihre Unterstützung leihen, der Heimatschutz werde weitgehend in Berücksichtigung sein, doch habe man sich vor Ueberreibungen zu hüten. Der neue Etat bringe sehr viel Stoff und Arbeit. Er, Redner, hoffe, daß das Verhältnis zwischen Regierung und Volksvertretung stets ein freundliches bleibe. Allerdings sei nicht ohne weiteres klar, ob die gestrigen Ausführungen des Ministers des Innern dazu beitragen würden. Der Minister habe erklärt, es sei der Reichsfinanzreform zu danken, daß Württemberg die Gehaltsvorlage durchführen könne. Die heutige Haltung der Regierung stehe mit derjenigen im August 1909 im Widerspruch. In kurzer Zeit werde man allerdings von der Freude über die Reichsfinanzreform nichts mehr hören. (Sehr richtig! links.) Der Finanzminister wisse genau, daß wenn die Regierung die Reichsfinanzreform von Zentrum und Konservativen nicht angenommen, sondern den Reichstag aufgelöst hätte, eine andere Steuererhebung zu Stande gekommen wäre. Die Theorie, direkte Steuern dem Land, indirekte Steuern dem Reich, werde stets wieder umgeworfen. Der Etat ist so knapp aufgestellt, daß wenn die Gehaltsvorlage nicht gekommen wäre, an ihrer Stelle eine Reihe wichtiger anderer Vorlagen hätten eingestellt werden müssen. Die jetzige Sparpolitik kann sich einmal als nachteilig erweisen und es wird sich in dem Finanzanschluß darum handeln, festzustellen, ob im Sparmaßstabsprinzip nicht hier und da zu weit gegangen ist. Auf die einzelnen Departements übergehend, brachte der völksparteiliche Redner eine Reihe Wünsche vor und nahm auch Stellung zur

Frage der Redartanalysierung.

So wie die Dinge liegen, kann ich mir eine wirtschaftliche Entwicklung des Redarlands nur denken in Verbindung mit den Schiffahrtsabgaben. Der Reichstag wird ja in der nächsten Zeit das Schicksal dieser Frage entscheiden. (Hübenbrand: Oder auch nicht!) Nach der einen oder anderen Richtung muß der Reichstag doch eine Entscheidung fällen. Wir können jetzt unsererseits nur eine abwartende Stellung einnehmen. Erfreulich ist das Anwachsen des Fortschereverfonds, bedauerlich die geringe Erhöhung der Volkshauerlöhne. (Sehr richtig!) Aus den Jagden werde sich wohl noch mehr erzielen lassen; mit den Meiereien und Staatsverpachtungen könne es auf die bisherige Weise nicht weitergehen. Der Eisenbahnereservefonds soll am 1. April 6,5 Millionen Mark enthalten, 1,5 Mill. Mark mehr als bei dem früheren Bestand. Die Mehreinnahmen bei den Eisenbahnen werden wir bei den künftigen Mehrausgaben dringend notwendig haben. Selbstverständlich ist, daß der Frage der Nebenbahnen volle Aufmerksamkeit geschenkt wird. Weniger erfreulich ist der Etat der Posten und Telegraphen; das Geschenk von Millionen, das wir bisher durch das Briefmarkenabkommen erhalten haben, hat wesentlich dazu beigetragen, uns den Etatgleichstand in den vergangenen Jahren zu erleichtern. Unrecht wäre die Einführung einer Telefonariserhöhung nach dem Vorgange des Reichs. Die Aufbesserung der Beamtingehälter erfordert in erster Linie 8, im zweiten Jahre 9 Millionen Mark, im außerordentlich viel für ein so kleines Land wie Württemberg. Die Lebensmittelerhöhung ist eine Folge der Postpolitik. Andererseits sehen die württ. Beamten in der Gehaltshöhe hinter den übrigen deutschen weit zurück. Ein Staat, der den Bedürfnissen seiner Beamten nicht nachkommen könnte, würde sich ein Armutsgeld geben, das nicht ohne Folgen bliebe. Die Verantwortung für die Belastung, welche durch die Vorlage für das Land entsteht, muß vom ganzen Haus getragen werden, für eine Partei wäre sie zu groß. Unangenehmer als die Rückwirkung sind die Uebergangsbestimmungen. Das Recht der Beamten zur freien Betätigung ihrer politischen Rechte will Redner auch bei dieser Gelegenheit unterstreichen. Zu beachten sei, daß der Antrag zu den Staatsstellen infolge der Gehaltsvorlage ein noch stärkerer sein werde. Wenn der Herr Minister von dem Ideal der Beamten rede, so möge er doch auch des „Idealismus“ bei Steuerzahler gedenken. Der Vizepräsident von Kiene habe bereits bei der Besprechung der Staatslotterie ein Polemik mit der Volkspartei angefangen. Er, Redner, habe allerdings gegen sie sehr schwere Bedenken. Wenn der württ. Staat eine Staatslotterie einführen wolle, so tue er das, um die Spielsteuer zu fördern. Deshalb kann auch ein großer Teil seiner Freunde für die Staatslotterie nicht eintreten. Wenn man schon zu solchen Mitteln greift, dann sei es weit gekommen. Für die übrigen Staatsvorlagen glaubt die Volkspartei eintreten zu können.